

	174. Vollversammlung der AK Wien vom 11.11.2020
Komintern	
Antrag Nr. 7	<i>Corona-Krise nutzen, um sozial-ökologische Krise zu überwinden!</i>
Annahme	Ausschuss Wirtschafts- und Finanzpolitikpolitik

Der Antrag hätte in der Vollversammlung in leicht geänderter Form (siehe Änderungen unten) beschlossen werden sollen. Dieser Formalfehler wird durch die neuerliche Diskussion und Festhalten der Abänderungen im Ausschuss Wirtschafts- und Finanzpolitik an 22.02.2021 entsprechend korrigiert.

Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:

- *Eine sozial und ökologisch nachhaltige Umstellung der Produktion, einen Wandel hin zu nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen (naturverträglicher Ausbau sauberer, erneuerbarer Energien; Ausbau des öffentlichen Verkehrs; Erweiterung des Schienen- statt des Straßennetzes; Stärkung der Gesundheits- und Sozialberufe; sozialer Wohnbau und Gebäudesanierung; nachhaltige Landwirtschaft für gesunde, qualitätsvolle und leistbare Lebensmittel; Steigerung der Energieeffizienz bei Gebäuden und Industrie; Abwärmenutzung, etc.)*
- *Staatliche, regionale, kommunale und genossenschaftliche Produktion systemrelevanter Güter und Dienstleistungen*
- *Sozial ausgestalteter und gesellschaftlich gesteuerter ökologischer Strukturwandel in der Arbeitswelt (Umqualifizierung, Re-Qualifizierung, Weiterbildungsmaßnahmen und Beschäftigungsinitiativen)*
- *Weitreichende Arbeitszeitverkürzung*
- *Regionalisierung des Wirtschaftssystems und Wiederansiedelung global verlegter Branchen, um Transportwege zu reduzieren und Arbeitsplätze zu schaffen*
- *Nachhaltige und umfassende Stärkung der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge*
- *Progressive vermögensbezogene Steuern (inkl. Substanzbesteuerung an der Spitze der Verteilung)*
- *Stärkere Besteuerung von hohem Einkommen und Gewinnen*
- *Sozial-ökologische Steuerreform mit umweltbezogenen Abgaben Ökologisierung des Steuersystems mit sozialem Ausgleich, sodass kleine und mittlere Einkommen nicht benachteiligt werden*
- *Keine Senkung der Steuer- und Abgabenquote*
- *Keine Senkung der KöSt oder KEST auf begünstigte Wertpapiere*
- *Konsequente Bekämpfung von Steuervermeidung und Steuerhinterziehung*
- *Auflegen langfristiger Anleihen für sozial-ökologischen Umbau des Wirtschaftssystems*

Die AK Wien setzt sich seit Jahren für eine progressive Vermögensbesteuerung ein, strebt aber Modelle an, die mit der wirtschaftlichen Substanz vereinbar sind und keine Verringerung von Investitionen oder Beschäftigung nach sich ziehen. Die explizite Forderung nach einer Substanzbesteuerung widerspricht diesem Ansatz und wäre „Wasser auf die Mühlen“ der Gegner einer Millionärssteuer.

Die AK Wien ist nicht gegen eine CO₂-Bepreisung, sieht sie aber nicht als Allheilmittel an. Gezielte ökosteuerliche Anreize machen nur in einem Gesamtpaket Sinn, das auch auf ordnungspolitische Vorgaben und öffentliche Investitionen setzt. Der Begriff der „Sozial-ökologischen Steuerreform“ ist äußerst unkonkret. Im steuerpolitischen Diskurs wird darunter häufig auch die Kompensation der CO₂-Bepreisung durch Senkung von Lohnsteuer oder SV-Beiträgen verstanden, was die AK Wien aus verteilungspolitischen Gründen strikt ablehnt. Eine allgemeinere Zielformulierung im Sinne einer Ökologisierung mit einem sozialen Ausgleich, der kleine und mittlere Einkommen nicht schlechter stellt, ist mit diesem Ansatz besser kompatibel.